

**Inhalt****FriEnt-Team**

FriEnt-Fachgespräch zur Krise in Kenia	1
Umfeldanalyse zu Friedensförderung im Libanon	2
Neu im FriEnt-Team: Caroline Kru-ckow	3

Mitgliedsorganisationen

Plattform: Rückblick und Ausblick	3
BMZ: Zweiter Aktionsplan Menschenrechte veröffentlicht	4
GTZ: Leitfaden Peace and Conflict Assessment	4
Plattform: Reintegration von Friedensfachkräften	5
hbs: Runder Tisch zu natürlichen Ressourcen und Konflikten	6
hbs: Tagung zu Ethnonationalismus und State Building	6
EED: Studie zur Kohärenz der EU-Politik im Süd-Sudan	7

Impuls

Thania Paffenholz: Zivilgesellschaft und Friedensförderung	8
--	---

FriEnt Tipps & Infos

Dokumentation einer APRODEV-Konferenz zur UN-Resolution 1325	10
ECCAS bemüht sich um Aufbau eines Krisenfrühwarnsystems	11
AGEH-Zeitschrift informiert über den Zivilen Friedensdienst	12

FriEnt-Team**Krise in Kenia – Was haben wir übersehen und wie geht es weiter?**

Am 1. April 2008 tauschten sich die FriEnt-Mitgliedsorganisationen über ihre Einschätzungen und Beobachtungen zur aktuellen Krise in Kenia aus. Ziel des Fachgesprächs war es, gemeinsam zu reflektieren, welche Aspekte in Kenias jüngster Entwicklung möglicherweise übersehen oder falsch eingeschätzt wurden und welche Folgerungen sich daraus für die weitere Arbeit vor Ort ergeben.

Ralph-Michael Peters, Politischer Berater der EU-Wahlbeobachtungsmission in Kenia, hob in seinem Beitrag hervor, dass es zwar möglich gewesen wäre, eine gewaltsame Eskalation vorherzusehen, dass diese Entwicklung aber bis wenige Stunden vor dem Gewaltausbruch keineswegs zwangsläufig war.

Als wesentliche Faktoren, die im Vorfeld der Wahlen unterschätzt wurden, wurden alte ethnische und soziale Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft genannt. Daran schloss sich ein in bisherigen Diskussionen noch wenig beachtetes Thema an. Die durch Wahlprozesse ausgelösten Krisen seien in den meisten Fällen damit verbunden, dass keine Seite bereit sei, eine Wahlniederlage zu akzeptieren. Daher sei es notwendig, politische Akteure in Transformationsprozessen auch auf eine potenzielle Niederlage vorzubereiten. Die gängigen Projektansätze zur Wahlunterstützung oder im Bereich von Good Governance würden diesen Aspekt bislang kaum berücksichtigen.

Die tiefe ethnische Spaltung der Gesellschaft, so eine weitere gemeinsame Erkenntnis des Fachgesprächs, reiche auch in die Arbeit der lokalen Partnerorganisationen hinein. Einige Mitarbeiter von

NRO und staatlichen Einrichtungen würden darum bitten, in bestimmten Regionen des Landes nicht mehr eingesetzt zu werden. Das Klima innerhalb von Organisationen sei durch die jüngsten Entwicklungen belastet. Daher kommen vermehrt Zweifel und Unsicherheiten auf: Wenn lokale Partner ihr Personal nicht mehr nach Bedarf und Kompetenzprofil einsetzen, sondern aus Sicherheitserwägungen vorrangig unter ethnischen Aspekten auswählen, tragen sie dann nicht dazu bei, die Gesellschaft weiter zu spalten?

Notwendig sei nun, neben gezielten Projektansätzen zur Förderung der Friedensstabilisierung, den Partnern auch Unterstützung im aktuellen Management der unübersichtlichen Situation in den eigenen Organisationen anzubieten. Dazu gehörten auch Mediationsangebote, um den Vertrauensverlust innerhalb der Partnerorganisationen zu bewältigen und ein neues konstruktives Klima der Zusammenarbeit zu unterstützen.

Beim Blick nach vorne wurden die anstehenden Aufgaben und die Zukunftsperspektive für Kenia ambivalent eingeschätzt. Einerseits wurde in dem Abkommen zur Machtteilung, das unter Vermittlung von Kofi Annan am 28. Februar erzielt wurde, eine gewisse Entspannung gesehen. Andererseits wurde aber auch unterstrichen, dass dieses Abkommen selbst noch keine Lösung der politischen Krise sei. Als kritische Aufgaben, die innerhalb weniger Wochen erfolgreich abgeschlossen sein müssten, wurden insbesondere folgende Punkte der kenianischen Agenda identifiziert:

- Benennung und Einsetzung des neuen Kabinetts sowie die Festlegung von Regeln für die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung;
- Festlegung der rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des Parlaments;
- Ausarbeitung und Inkrafttreten eines Parteiengesetzes, das insbesondere die Zusammenarbeit der Fraktionen im Parlament und die Parteienfinanzierung regelt.

Als besonders sensible Herausforderung für die nächsten 12 – 18 Monate wurde auf die Reform des Landrechts und der Verfassung verwiesen. Die Stabilisierung der Situation in Kenia werde wesentlich davon abhängen, ob es in absehbarer Zeit gelingt, einen transparenten gesellschaftlichen Dialog zu initiieren und die Reformen unter Beteiligung der Bevölkerung abzuschließen und umzusetzen.

Weitere Informationen

Angelika Spelten, FriEnt/INEF
Angelika.Spelten@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Text des Abkommens zur Machtteilung](#)
[Nationale kenianischen Menschenrechtskommission](#)

Umfeldanalyse zu Friedensförderung im Libanon

Aufbauend auf den FriEnt-Rundtischen zu Libanon führt FriEnt aktuell in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Entwicklungsdienst, dem Forum Ziviler Friedensdienst und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Umfeldanalyse zu Möglichkeiten der Friedensförderung im Libanon durch. Ziel der Studie ist es, relevante Handlungsfelder, Bedarfe und Schnittstellen zu schon vorhandenen Programmen anderer Akteure zu identifizieren sowie Empfehlungen für deutsche entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen zu formulieren.

Weitere Informationen

Martin Kraft, FriEnt/BMZ und GTZ
Martin.Kraft@bmz.bund.de

Links & Literatur

[FriEnt-Konfliktanalyse Libanon](#)
[Chr. Michelsen Institute: Precarious Peacebuilding: Post-war Lebanon, 1990-2005](#)

Ein vierköpfiges Gutachterteam führte dazu mit Unterstützung des Regionalbüros Mittlerer Osten der Heinrich-Böll-Stiftung (Beirut) im Februar und März Gespräche mit Akteuren aus der libanesischen Zivilgesellschaft, Politik, Administration und Wissenschaft sowie internationalen Organisationen. Erste Ergebnisse und Empfehlungen wurden in einem abschließenden Fachgespräch deutschen Organisationen vor Ort vorgestellt und diskutiert. Das Gutachter-

team hob dabei Möglichkeiten in den Bereichen Bildung, Justiz und Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation, Transitional Justice sowie Gewaltprävention und Sicherheit als besonders relevant hervor. Zusätzlich wurden Empfehlungen zur Stärkung der konfliktsensiblen Ausgestaltung und Durchführung von Wiederaufbaumaßnahmen und Vorhaben zur Förderung der sozioökonomischen Entwicklung formuliert. Die andauernde politische Blockade im Libanon sowie die starke regionale bzw. internationale Dimension zentraler Konfliktkomponenten und -akteure stellen jedoch Ansätze zur Friedensförderung vor große Herausforderungen.

FriEnt wird die Umfeldanalyse zusammen mit den drei anderen Auftraggebern im Juni dieses Jahres im Rahmen eines FriEnt-Fachgespräches präsentieren und diskutieren.

Neu im FriEnt-Team: Caroline Kruckow

Seit dem 1. April verstärkt Caroline Kruckow vom Evangelischen Entwicklungsdienst das FriEnt-Team. Sie tritt damit die Nachfolge von Wolfgang Kaiser an, der eine neue Aufgabe im Lateinamerikareferat des EED übernommen hat. Caroline Kruckow wird sich zunächst dem Thema Paris Agenda, Konfliktsensibilität und Friedensförderung sowie Auswirkungen auf zivilgesellschaftliche Organisationen in Konfliktregionen widmen.

Caroline Kruckow hat seit 1998 die regionale Osteuropa-Arbeit des EED und seiner Vorgängerorganisationen geleitet. Neben Ländlicher Entwicklung, zivilgesellschaftlichem Aufbau in Transformationsländern und Frauenförderung bildeten Programme zur Friedensförderung und der konstruktiven Konfliktbearbeitung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Georgien, Armenien und Aserbaidschan sowie auf dem Balkan einen zentralen Themenschwerpunkt.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt/EED
Caroline.Kruckow@bmz.bund.de

Mitgliedsorganisationen

„Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand“ – Zehn Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Anlässlich des zehnten Geburtstags der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wurde auf der in Kooperation mit der Evangelischen Akademie im Rheinland durchgeführten Jahrestagung zurück geblickt und Erreichtes kritisch gewürdigt. Die rund 80 Teilnehmenden konkretisierten darüber hinaus Projekte für 2008 und formulierten neue Ziele der Plattform.

Weitere Informationen

Priska Palacios, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
koordination@konfliktbearbeitung.net

Einen Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre warfen Ute Hegener, Jörgen Klussmann, Regine Mehl und Jörg Calließ. Dabei wurde die Bedeutung der Plattform bei der Formulierung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention und bei der Etablierung und Professionalisierung des zivilen Friedensdienstes in Deutschland hervorgehoben, aber auch die "Mühen der Ebenen" bei der Einwerbung von Akzeptanz für den Vorrang ziviler Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktbearbeitung betont. Als zukünftige Herausforderung wurde identifiziert, dass die Leis-

land hervorgehoben, aber auch die "Mühen der Ebenen" bei der Einwerbung von Akzeptanz für den Vorrang ziviler Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktbearbeitung betont. Als zukünftige Herausforderung wurde identifiziert, dass die Leis-

tungsfähigkeit ziviler Konfliktbearbeitung greifbarer gemacht werden müsse, um politische Unterstützung einzuwerben.

Das Tagungsthema „Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand“ diskutierten Ute Finckh-Krämer (Bund für Soziale Verteidigung), Karl-Ludwig Sommer (Gustav-Heinemann-Initiative) und Peter Runge (Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO). In vier Arbeitsgruppen zu den Themen "Die Plattform als Brücke zwischen Praxis und Forschung", "Zivile Konfliktbearbeitung im Inland", "Lobby für den Frieden", "Sicherheit und Frieden mit der Europäischen Union?" wurden Ideen gesammelt und Projekte für 2008 entwickelt. Einen weiteren Beitrag zur Tagung lieferte Thania Paffenholz, die die Ergebnisse einer Studie zu zivilgesellschaftlichen Beiträgen in Konfliktsituationen darstellte (siehe auch den Impuls-Artikel in dieser Ausgabe). Eine ausführliche Dokumentation der Tagung ist in Vorbereitung.

BMZ: Zweiter Aktionsplan Menschenrechte veröffentlicht

Das BMZ stellte am 10. März in Berlin den zweiten „Aktionsplan für Menschenrechte 2008 bis 2010“ vor. Er behandelt 24 Themen und soll den Menschenrechtsansatz stärker in die deutsche Entwicklungspolitik integrieren. Die Schwerpunkte liegen auf dem Recht auf Nahrung und Gesundheit sowie auf der Kontrolle von transnationalen Konzernen und dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul betonte die entscheidende Bedeutung der Menschenrechte für die Entwicklungszusammenarbeit. Ohne Menschenrechte gäbe es keine nachhaltige Entwicklung und keine wirksame Armutsbekämpfung. Zur Umsetzung der Menschenrechte müssten auch die staatlichen Partner in den Entwicklungsländern stärker in die Pflicht genommen werden.

Im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik soll in den kommenden drei Jahren unter anderem der Schutz von ethnischen Minderheiten, Frauen, Kindern und Jugendlichen in fragilen Staaten und Gewaltkonflikten im Mittelpunkt stehen. Außerdem soll in Post-Konfliktsituationen im Rahmen eines kohärenten Ansatzes von Transitional Justice ein Schwerpunkt auf die Dokumentation sowie Aufarbeitung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelegt werden. Reparationsprogramme für Opfer von Gewalt, die Reform staatlicher Institutionen und die Wiederherstellung von Gerechtigkeit und menschlicher Sicherheit unter Anwendung menschenrechtlicher Prinzipien seien dabei Voraussetzung für die Prävention zukünftiger Gewaltkonflikte und Menschenrechtsverletzungen.

Weitere Informationen

Anke Ludwig, BMZ
Anke.Ludwig@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Entwicklungspolitische Aktionsplan für Menschenrechte 2008 – 2010](#)

[Misereor-Kommentar zum Aktionsplan](#)

GTZ: Leitfaden „Peace and Conflict Assessment“ (PCA)

Ein neuer GTZ-Leitfaden zum „Peace and Conflict Assessment“ (PCA) stellt die bisher verfügbaren Methoden der konfliktensiblen Planung und Steuerung von Entwicklungsvorhaben zusammen. Der Leitfaden ergänzt die bereits in der EZ verwendeten Instrumente – wie Träger- und Umfeldanalyse sowie Wirkungsbeobachtung – durch einen Konfliktbezug. Damit werden die Instrumente stärker miteinander verzahnt, was zu einer höheren konfliktbezogenen Kohärenz der

Vorhaben führen und die Planung und Steuerung konfliktsensibler Maßnahmen erleichtern soll.

Weitere Informationen

Christoph Bleis, GTZ
christoph.bleis@gtz.de

Links & Literatur

[GTZ: Sektorvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung](#)

Darüber hinaus gibt die GTZ mit einer neuen Handreichung Empfehlungen für das Auftragsmanagement. Die konfliktsensible und friedensfördernde Gestaltung von Projekten und Programmen von der Planung bis zur Evaluierung soll damit Projektverantwortlichen vermittelt und durch praktische Anleitungen erleichtert werden.

Das Sektorvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wird Ende April

sowohl die Leitfäden zum „Peace and Conflict Assessment“ wie auch die „Empfehlungen für das Auftragsmanagement zur konfliktsensiblen Gestaltung und Steuerung von TZ-Vorhaben“ in englischer Sprache veröffentlichen. Beide Publikationen können Anfang Mai 2008 über den i-Punkt der GTZ (i-punkt@gtz.de) bestellt oder als PDF-Dateien unter www.gtz.de/crisisprevention heruntergeladen werden.

Plattform: Dokumentation zur Reintegration von Friedensfachkräften

Sind die Methoden und Betreuungsangebote von Entsendeorganisationen an die Bedürfnisse von Friedensfachkräften während und nach einem Einsatz angepasst? Besteht Bedarf für weitergehende Maßnahmen der Supervision und müssen Sicherheitskonzepte und Krisenpläne, Rückkehrergespräche und psychologisches Debriefing intensiviert werden? Diesen und weiteren Fragen gingen die Teilnehmenden eines Studientages des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), der Evangelischen Akademie Iserlohn und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 6. November 2007 nach.

Die nun vorliegende Dokumentation fasst die Ergebnisse des Studientages zusammen, bietet aber auch die Ergebnisse einer Fragebogenaktion, die im Umfeld des Studientags durchgeführt wurde. Die Beiträge zeigen, dass sich in den vergangenen Jahren eine Fülle von guten Begleitangeboten während des Einsatzes und nach der Rückkehr entwickelt hat. Gleichwohl gibt es Bereiche, in denen eine weitere Professionalisierung notwendig ist. Genannt werden beispielsweise die Vorbereitung der Fachkräfte sowie der Partnerorganisationen und die Erreichbarkeit eines Coaching- und Beratungsangebots. Aber auch die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Strategie des Zivilen Friedensdienstes sei notwendig, um dessen Stellenwert zu erhöhen, resümiert die Dokumentation.

Weitere Informationen

Priska Palacios, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
koordination@konfliktbearbeitung.net

Links & Literatur

[Debriefing und Reintegration von Fachkräften in der internationalen Friedensarbeit](#)

hbs: Runder Tisch zu natürlichen Ressourcen und Konflikten

In den letzten 20 Jahren gab es eine Zunahme von gewaltsamen Konflikten, die vom Handel mit natürlichen Ressourcen angetrieben und verstetigt wurden. Die Vereinten Nationen (UN) haben alleine zwölf Milliarden US-Dollar für die Missionen in Sierra Leone, Liberia und der Demokratischen Republik Kongo ausgegeben. Die Bedingungen für diese Konflikte haben sich hingegen nicht verändert. Im

Gegenteil steigt der internationale Wettbewerb um natürliche Ressourcen innerhalb und zwischen Staaten. Die UN müsse das Thema daher stärker bei der Planung und Durchführung von Missionen berücksichtigen.

Weitere Informationen

Lili Fuhr, hbs
fuhr@boell.de

Links & Literatur

[Civil Society recommendations to the United Nations on breaking the links between natural resources and conflict](#)

[Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung zu Resource Governance](#)

[Global Witness](#)

Zu diesem Schluss und weiteren Empfehlungen kam ein Runder Tisch in New York, zu dem die Heinrich-Böll-Stiftung und die britische Organisation Global Witness Vertreter von internationalen NRO, zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Afrika, UN-Mitgliedstaaten, UN-Sekretariaten und aus dem privaten Sektor eingeladen hatten.

Während des Runden Tisches wurden Empfehlungen diskutiert, wie die Vereinten Nationen effektiver auf die Rolle von natürlichen Ressourcen in Konflikten reagieren und wie sie der Wiederaufnahme der Kämpfe um den Zugang zu natürlichen Ressourcen besser vorbeugen können. Die handlungsorientierten Empfehlungen

des Runden Tisches werden dem UN-Sicherheitsrat, der UN-Generalversammlung und dem UN-Sekretariat präsentiert. Die zivilgesellschaftlichen Vertreter haben im Vorfeld der Veranstaltung eine Reihe von Hintergrundpapieren erstellt, die im Internet abrufbar sind.

hbs: Fachtagung zu Ethnonationalismus und State Building

Auf der Fachtagung „Ethnonationalismus und State Building“, zu der die Heinrich-Böll-Stiftung am 4. April 2008 ins Berliner Abgeordnetenhaus geladen hatte, verglichen die Teilnehmenden sieben aktuelle ethnonationalistische Konflikte, um Ursachen, Folgen und mögliche Lösungsansätze herauszuarbeiten.

Auf der Tagung wurde deutlich, dass sich die schwierigste Aufgabe häufig erst nach Beendigung der Kampfhandlungen stelle. Der Neuaufbau politischer Institutionen („State Building“) müsse nach Ansicht aller Teilnehmenden von der Bildung einer politischen Gemeinschaft („Nation Building“) begleitet werden. Interessen ethnonationalistischer Gruppen dürften dabei nicht ignoriert oder als zweitrangig betrachtet werden. Denn insbesondere eine dauerhafte Diskriminierung von Minderheiten könne zu ethnischen, kulturellen oder religiösen Konflikten innerhalb eines Staates führen. Im Extremfall führe der Verlust der politischen Legitimität schließlich zum Staatszerfall. Bezeichnenderweise bleibe die Norm des Nationalstaates in der Regel aber auch hier intakt, da sezessionistische Bewegungen häufig die Gründung eines eigenen Nationalstaates forderten.

In fast allen Fallbeispielen der Tagung wurde deutlich, dass die internationale Gemeinschaft bei ihren State Building-Maßnahmen immer wieder schwere Fehler begangen habe. So wurde nach dem Dayton-Friedensabkommen von 1995, das den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beendete und die staatliche Nachkriegsordnung festlegte, nicht auf eine Weiterentwicklung der Nachkriegsordnung gedrängt, obwohl diese immer als Übergangslösung gedacht

Weitere Informationen

Bastian Hermisson, hbs
hermisson@boell.de

Links & Literatur

[Hintergrundinformationen zur Tagung auf den Seiten der Heinrich-Böll-Stiftung](#)

war. Im Ergebnis besteht Bosnien-Herzegowina heute aus zwei Staatsapparaten, hat drei Verfassungen und gilt als unregierbar.

Gibt es Auswege aus der Stagnation der internationalen State Building-Maßnahmen? Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer war sich darin einig, dass staatliche Institutionen nicht am demokratiethoretischen Reißbrett entworfen werden sollten. Die Europäische Union taue ebenfalls nur bedingt als Vorbild für andere Regionen, denn das vereinte Europa sei das Resultat einer blutigen Geschichte ethnonationalistischer Auseinandersetzungen. Die europäische Erfahrung könnte genau aus diesem Grund auf eine andere Art und Weise genutzt werden. Es gebe innerhalb der EU unzählige Sonderregelungen, die den Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten regeln. Dieser reiche Erfahrungsschatz könne als Ausgangspunkt für spezifische Lösungsansätze in Krisengebieten dienen.

EED: Studie zur Kohärenz der EU-Politik im Süd-Sudan

Interessante Ergebnisse liefert eine vom Evangelischen Entwicklungsdienst und APRODEV, dem europäischen Dachverband evangelischer Hilfswerke, in Auftrag gegebene Studie zur Kohärenz der EU-Politik im Süd-Sudan. Nachdem APRODEV bereits 2005 mit dem Bericht „Wessen Sicherheit?“ eine grundlegende Analyse der Auswirkungen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auf die Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt hatte, untersuchen Marina Peter vom Sudan Ecumenical Forum und Emmanuel LoWilla aus dem Sudan, wie kohärent die EU-Politik in der Praxis aussieht und wie ihre Umsetzung in einem spezifischen Post-Konflikt Kontext geschieht.

Dabei kommen die beiden Autoren zu dem Ergebnis, dass die Situation im Süd-Sudan zu komplex ist und die EU mit ihrem Fokus auf eine kombinierte Strategie von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung nur bedingt eine konstruktive Rolle spielen könne, um die Gewalt zu mindern, Sicherheit zu erhöhen, Konflikttransformation zu initiieren und Entwicklung zu fördern. Der Sudan sei schlicht zu groß, zu viele Akteure spielen in den komplexen Konflikten eine Rolle und zu viel Aufmerksamkeit werde auf Kosten anderer Landesteile der Darfur-Region gewidmet. Es sei daher nicht verwunderlich, dass die Rolle der EU hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück bleibe und dass die Kohärenz der EU-Politiken mehr ein frommer Wunsch, als Realität vor Ort sei.

Die Anfang Mai erscheinende Studie enthält eine Reihe von Vorschlägen für eine verbesserte Koordination, Kooperation und Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikfeldern, Maßnahmen und internationalen Akteuren. Die Empfehlungen der Studie werden von APRODEV zusammen mit dem Sudan Focal Point und FriEnt weiter diskutiert und in den Dialog mit deutschen und europäischen Institutionen eingebracht.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt/EED
Caroline.Kruckow@bmz.bund.de

Links & Literatur

[APRODEV/EED/Brot für die Welt: Wessen Sicherheit? \(2005\)](#)

[EED](#)

[APRODEV](#)

Impuls

Zivilgesellschaft und Friedensförderung

Die Zivilgesellschaft gilt bei bewaffneten Konflikten als einer der Hoffnungsträger, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Aber was können zivilgesellschaftliche Organisationen wirklich leisten? Und wie kann die internationale Gemeinschaft dieses Engagement fördern? Ein laufendes Forschungsprojekt widmet sich der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Zivilgesellschaft zur Friedensförderung beitragen kann. Das Projekt wird unter der Leitung von Dr. Thania Paffenholz am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf in Kooperation mit elf internationalen Forschungseinrichtungen durchgeführt.

In einem ersten Schritt erarbeitete das Projekt einen konzeptionellen Rahmen zur Analyse von Zivilgesellschaften, der sich aus den bisherigen theoretischen und praktischen Erkenntnissen speist. Insgesamt wurden dabei sieben zivilgesellschaftliche Funktionen zur Friedensförderung identifiziert:

- Schutz vor gewaltsamen Übergriffen
- Menschenrechtsbeobachtung und politische Frühwarnung (Monitoring)
- Lobbyarbeit und Kommunikation an die Öffentlichkeit
- Friedenserziehung innerhalb von Gruppen (in-group bonding)
- Sozialer Zusammenhalt zwischen Gruppen (inter-group bridging)
- Vermittlung zwischen Konfliktparteien und Dritten
- Serviceleistungen

Mit Hilfe dieser Funktionen und auf der Basis einer soliden Kontextanalyse kann in bestehenden Konflikten analysiert werden, welche Rolle die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Akteure potentiell spielen können, welche Funktionen sie bereits wie erfüllen – und welche nicht. Zudem erlaubt das Modell festzustellen, welche friedensfördernden Funktionen in der jeweiligen Konfliktphase besonders relevant und effektiv sind.

In 13 Ländern und Regionen – Nordirland, Bosnien, Afghanistan, Kurdischer Konflikt, Tadschikistan, Israel/Palästina, Zypern, Somalia, Kongo, Nigeria, Guatemala, Nepal, Sri Lanka – ist das Forschungsprojekt diesen Fragen nachgegangen. Untersucht wurde dabei auch, welche Faktoren förderlich oder hinderlich für zivilgesellschaftliches Engagement waren. Vorläufige Ergebnisse liegen bereits vor. Die endgültigen Ergebnisse werden in einem Buch veröffentlicht, das 2009 erscheint.

Abschließend wird sich das Projekt dem Transfer der Ergebnisse in die Praxis widmen. Neben einem Policy-Paper, das die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen und im Herbst diesen Jahres erscheinen wird, sind zahlreiche Veranstaltungen zusammen mit Geber-, UN- und zivilgesellschaftlichen Organisationen geplant.

Vorläufige Ergebnisse

Insgesamt zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in bestimmten Konfliktphasen entscheidende, konstruktive und teilweise sehr effektive Beiträge

Links & Literatur

[Thania Paffenholz / Christoph Spurrk: Civil Society, Civic Engagement, and Peacebuilding](#)

leistet: Im Rahmen der Friedensverhandlungen in Guatemala konnte die Zivilgesellschaft den Ausgang der Friedensverhandlungen erfolgreich beeinflussen. In Nordirland trug die Ja-Kampagne der Zivilgesellschaft maßgeblich zur Annahme des Friedensvertrags im entscheidenden Referendum bei. In Nepal bewirkte die Vernetzung der lokalen mit der nationalen und internationalen Menschenrechtsbeobachtung die schnellere Erreichung des Waffenstillstands. In Afghanistan konnten traditionelle und religiöse zivilgesellschaftliche Gruppen wichtige Beiträge zum Schutz der Bevölkerung leisten.

Die zentralen Impulse zur Friedensförderung kamen in der Mehrzahl der Länder aber von den politischen Akteuren, vor allem von den Konfliktparteien inklusive der Regierung, den politischen Parteien, aber auch deren regionalen und internationalen Unterstützern. Festgehalten werden kann: Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft waren zwar konstruktiv, aber doch nicht entscheidend, sondern vor allem unterstützend. So waren im nepalischen Friedensprozess die Haltung der politischen Parteien, des Königs und der Maoisten sowie der Einfluss Indiens und der USA entscheidend. Ähnliche Konstellationen finden sich in vielen Ländern.

Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Beiträge leisten, dann vor allem durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für bestimmte friedenspolitische Anliegen. Dies ist dann besonders erfolgreich, wenn fragmentierte Gruppen zusammenkommen, ein gemeinsames Ziel entwickeln und zugleich eine Vernetzung mit internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen erfolgt.

Auch ist die Konfliktphase entscheidend: Im andauernden gewaltsamen Konflikt und unmittelbar danach sind zum Beispiel die Funktionen „Schutz“, „Monitoring“ und „Lobbying“ besonders vorrangig. Auffallend ist aber, dass viele Fördergelder nicht in die Unterstützung dieser Funktionen fließen, sondern in „Friedenserziehung“ und „Stärkung des Zusammenhalts“.

Von zivilgesellschaftlichen Gruppen erbrachte Dienstleistungen, wie beispielsweise humanitäre oder Entwicklungsprojekte, sind keineswegs automatisch friedensfördernd. Kurzfristig ist hier wichtig, ob solche Projekte Ansatzmöglichkeiten für andere zivilgesellschaftliche Funktionen schaffen. Langfristig ist eine konfliktsensible Ausrichtung wichtig. Es zeigt sich allerdings, dass die massive Vergabe von Hilfsgeldern für Dienstleistungsprojekte, Gelder für wichtige Lobby-, Schutz- und Monitoringarbeit blockiert.

Oftmals werden von außen lediglich die von der internationalen Zusammenarbeit neu geschaffenen NRO gefördert. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, wie zum Beispiel traditionelle Gruppen, Verbände oder Massenorganisationen, bleiben bisher von der internationalen Gemeinschaft fast unentdeckt. Zum Teil behindert die internationale Förderung gerade die Entwicklung einer genuinen Zivilgesellschaft, weil sie das freiwillige Engagement unterminiert oder überflüssig werden lässt.

Oftmals wird angenommen, dass Zivilgesellschaft per se gut ist. Dadurch gerät aus dem Blickfeld dass viele zivilgesellschaftliche Akteure „unzivilisiertes“ Verhalten an den Tag legen, andere Gruppen aktiv bekämpfen oder ethnische sowie religiöse Spaltungen fördern und damit den Konflikt fortsetzen. Dies war beispielsweise in Bosnien während und unmittelbar nach dem Krieg der Fall, als viele NRO nationale Hasskampagnen gegen die jeweils anderen ethnischen Gruppen durchführten.

Auch sind viele Initiativen wenig wirksam. Beispielsweise wirken die stark geförderten Initiativen in Friedenserziehung oder Dialog lediglich bei den individuellen Teilnehmenden von Veranstaltungen, Austauschprogrammen oder Trainingskursen, aber kaum auf der gesellschaftlich-politischen Ebene. So hatte die Unterstützung von hunderten von Dialogprojekten im Rahmen des „People to People“ Programms im Anschluss an den Osloer Friedensprozess zwischen Israel und Palästi-

na weder Wirkung auf den politischen Friedensschluss noch auf eine gesamtgesellschaftlichen Aussöhnung. Hingegen wirken das staatliche Erziehungssystem sowie die Sozialisierung in bestimmten Gruppen viel stärker. Wenn hier negative Stereotype und Hass gegen die jeweils anderen Gruppen gepredigt werden, können punktuelle Friedensprojekte, die zudem außerhalb des öffentlichen Erziehungssystems ansetzen, sehr wenig bewirken.

Generelle Implikationen für die Praxis

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass die Existenz von Zivilgesellschaft allein nicht automatisch den Frieden fördert. Es ist vielmehr notwendig, die unterschiedlichen potentiellen Funktionen von Zivilgesellschaft für die Friedensförderung vorab zu klären, und je nach Konfliktphase und Rahmenbedingungen jeweils andere Funktionen zu stärken. Bevor also einzelne zivilgesellschaftliche Bewegungen gefördert werden, sollte abgeklärt werden, welche Funktionen in der jeweiligen Situation besonders relevant und daher förderungswürdig erscheinen.

Auch sollte der Blick auf fördernde und hindernde Faktoren für zivilgesellschaftliches Engagement geschärft werden. Hier ist vor allem die Rolle des Staates zu nennen, dessen Verhalten den entscheidenden Ausschlag gibt. Andere Faktoren sind das Erziehungssystem, die Rolle der Medien, aber vor allem auch Gewalt und Kriminalität, die zivilgesellschaftliches Handeln massiv einschränken. Erst nach einer solchen Analyse sollten die geeigneten Akteure gesucht werden, die unterstützt werden können.

Dr. Thania Paffenholz ist Dozentin für Frieden, Konflikte und Entwicklung am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf.

Weitere Informationen

Thania Paffenholz, Graduate Institute of International and Development Studies,
Thania.Paffenholz@graduateinstitute.ch

FriEnt Tipps & Info

Dokumentation einer APRODEV-Konferenz zur UN-Resolution 1325 erschienen

Vom 6. bis 7. November 2007 veranstaltete APRODEV in Kooperation mit verschiedenen europäischen kirchlichen Hilfswerken wie dem Evangelischen Entwicklungsdienst, eine Konferenz zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 in der EU. Mit

dieser Resolution des UN-Sicherheitsrates vom Oktober 2000 sollen die Rechte der Frauen und ihre Bedeutung für friedliche Konfliktlösungen gestärkt werden.

Vertreterinnen verschiedener Partnerorganisationen bekamen auf der Konferenz die Gelegenheit, mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wissenschaft in Brüssel zu sprechen, von ihren Erfahrungen zu berichten und Forderungen an die EU zu formulieren. Die NRO-Vertreterinnen aus Entwicklungsländern beklagten vor allem die Ineffektivität des

Weitere Informationen

Edda Kirleis, EED
Edda.Kirleis@eed.de

Links & Literatur

[The EU & UNSCR 1325 point 8 – Women: from target group to stakeholders in peace and security](#)

[Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates](#)

Gender-Mainstreaming-Ansatzes und die unzureichende Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen.

Die nun erschienene Dokumentation der Konferenz stellt die zentralen Forderungen der Konferenzteilnehmenden an die EU heraus. Hierzu gehören die Entwicklung eines Europäischen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 und die Einbeziehung von Frauen in allen EU-Missionen. Außerdem wurde die Einrichtung von Genderstellen in allen EU-Delegationen in Drittstaaten mit ausreichendem Mandat und Ressourcen gefordert. Die Resolution müsse im politischen Dialog mit Drittstaaten in den Vordergrund gerückt und deren Umsetzung aktiv begleitet werden.

ECCAS bemüht sich um Aufbau eines Krisenfrühwarnsystems

Vom 26 bis 28. März lud die Economic Community of Central African States (ECCAS) internationale Experten zu einem Workshop nach Libreville, um Indikatoren für den Aufbau eines Frühwarnmodell zu identifizieren.

Neben der Afrikanischen Union und den drei regionalen Organisationen Intergovernmental Authority on Development (IGAD), Economic Community of West African States (ECOWAS) und der Southern African Development Community (SADC) bemüht sich nun auch die ECCAS um den Aufbau eines Krisenfrühwarnsystems. Bereits im Juni 2002 vereinbarten die Staatsschefs der zehn Mitgliedsländer gemeinsame Organisationen und Strukturen zu etablieren, um den Herausforderungen von Frieden und Sicherheit in ihrer Region besser begegnen zu können. Die Kernelemente dazu sind

- die „Defence and Security Commission“ (CDC),
- die „Multinational Force of Central Africa“ (FOMAC) und
- der „Early Warning Mechanism of Central Africa“ (MARAC).

Letzterer soll der Datensammlung und Analyse dienen und Grundlage für die Formulierung von Empfehlungen für angemessene Deeskalationsoptionen (early action) sein.

Die Umsetzung steht jedoch am Anfang, die personelle Ausstattung der Einheit für Datensammlung und Analyse hat erst vor wenigen Monaten begonnen und wesentliche konzeptionelle Fragen sind noch offen. Zu einem Punkt besteht bei den MARAC Mitarbeiter allerdings bereits breites Einverständnis: Die größten Befürchtungen vor gewaltsamen Auseinandersetzungen stellen sie in den Zusammenhang mit Wahlprozessen. Welche Faktoren im Wahlkampf wichtige Anzeichen für eine mögliche Gewaltentwicklung geben, ist hingegen noch offen. Als wesentlichen Bezugspunkt für die Auswahl von Frühwarnindikatoren orientiert sich MARAC am Frühwarnsystem der ECOWAS, das bereits seit einigen Jahren angewendet und in Zusammenarbeit mit dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk WANEP kontinuierlich ausgebaut wird. Personelle und finanzielle Unterstützung erfährt ECCAS/MARAC durch das Programm der Europäischen Union zum „Capacity-building for conflict prevention“ (PAPS).

Weitere Informationen

Angelika Spelten, FriEnt/INEF
Angelika.Spelten@bmz.bund.de

AGEH-Zeitschrift „contacts“ informiert über den Zivilen Friedensdienst

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift „contacts“ der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) berichtet mit einem Themenschwerpunkt zu Projekten des

Zivilen Friedensdiensts (ZFD) und stellt ihr ZFD-Programm vor. Ein wichtiger Aspekt des ZFD, so die Grundausrichtung des Themenschwerpunkts, ist dabei die Partnerorientierung und das Potenzial, das speziell kirchlich-religiös geprägte Organisationen in die Friedensarbeit einbringen können. Das Heft berichtet dazu von den Ergebnissen einer Tagung, bei der ZFD-Projektträger vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der AGEH im November letzten Jahres miteinander ins Gespräch kamen. Ein wichtiges Thema der Ausgabe ist außerdem die Frage der Wirkungsorientierung der Projekte. So legt ein Artikel dar, wie Wirkungen von ZFD-Fachkräften besser geplant und erfasst und welche Methoden dabei erfolgreich sein können. Zu Wort kommen in der Zeitschrift Koordinatoren, Fachkräfte und Partnervertreter, die aus der Praxis berichten. Projektberichte kommen aus Kolumbien, Timor-Leste, Israel, El Salvador, Liberia und Sri Lanka.

Weitere Informationen

Anne Storcks, AGEH
Anne.Storcks@ageh.org

Links & Literatur

[AGEH-Zeitschrift „Contacts“ 1/2008](#)

Impressum

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Adenauerallee 139-141
53113 Bonn
www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann
Tel. +49-228-535-3447, Fax: +49-228-535-3799
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Website bestellt werden. Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder.